

Haushaltsrede LWL 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Landesdirektor,
meine Damen und Herren;

Die Frage, die über diesem Doppelhaushalt wie auch über der gesamten Politik wie ein Damoklesschwert schwebt, ich hatte sie bereits am Anfang der Legislatur gestellt, und dankenswerterweise hat unser Landesdirektor sie in diesem Jahr aufgegriffen:

„Was können wir uns noch leisten?“

Man ist in dieser Zeit versucht, zu resignieren, so, wie es dem Anschein nach schon viele kommunale Kämmerer innerlich getan haben angesichts der Haushaltsentwicklung und der Prognosen.

Auch die finanzielle Lage des Landschaftsverbandes entwickelt sich zunehmend düster.

Im kommenden Doppelhaushalt werden sich die Fehlbeträge ohne die jeweiligen Vorjahresbelastungen nach Bereinigung auf 384,1 Mio. EUR summiert haben, ---- ob es danach zu einer Entspannung kommen wird, steht noch in den Sternen.

Dabei steht der LWL noch nicht einmal so schlecht da, wie viele Kommunen in NRW, die proportional noch schlechtere Zahlen oder noch größere Schulden aufweisen, und auch – anders als der LWL – dem Steuerzahler direkt in die Lohnbeutel hineingreifen müssen, statt einfach irgendwelche Umlagen erhöhen zu können.

Die Lage aller Kommunen hat sich dramatisch verschlechtert: Eine Umfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW ergab jüngst, dass keine einzige Kämmerei in NRW die eigene Haushaltslage perspektivisch auch nur noch als „eher gut“ einschätzt.

Es mehren sich in jüngster Zeit rasant die Zeitungsberichte über Kommunen, in denen sich die Bürgermeister oder Kämmerer massiv über Verschlechterung der Finanzlage bis hin zum drohenden Kollaps, sprich Haushaltssicherung, beklagen.

Ich zitiere einmal einige Überschriften der letzten Wochen:

Millionen-Lücke im Kreishaushalt: EN geht an letzte Reserve

Marls düstere Zehnjahresprognose: Schuldenlast steigt auf 1,4 Milliarden Euro

Gemeinde Senden: „Wir laufen auf Verschleiß“

Kamen: Geld fehlt an allen Ecken und Enden:

„Hat erdrosselnden Charakter“

Doch mit einer Abwälzung von Schuld auf Bund oder Land macht man es sich zu einfach.

Dass der Finanzausgleich durch das Land unauskömmlich ist, ist uns angesichts der zunehmenden kommunalen Aufgaben allen klar. Schon nur ein Ausgleich der Belastungen, die uns durch Vorgaben aus Bund und Land auferlegt sind, ist jedoch schwierig; --- von einem Reset der Kasse, sprich einem Ausgleich der kommunalen Schulden, kann man nur träumen, und das --- trotz aktueller Scholz'scher Schattenspiele – womöglich noch sehr lange:

Zwei Punkte sprechen hauptsächlich dagegen:

Erstens: Weder Land noch Bund sind langfristig in der Lage, den Kommunen profund aus der Krise zu helfen. Ob dies am Willen liegt, mag dahingestellt bleiben – es scheitert in jedem Fall am Können. Allein der Bund war am Ende des ersten Halbjahres 2024 mit mehr als 1.697 Milliarden verschuldet, NRW hat alles in allem mit mehr als 235 Milliarden mit Abstand die höchste Landesverschuldung aller Bundesländer. Bereits jetzt klafft in einem hoch volatilen Haushaltsentwurf für 2025 ein Loch von über 1 Milliarde Euro.

Dem gegenüber stehen kommunale Schulden aller NRW-Kommunen in Höhe von 86,3 Milliarden zum Ende 2023, heute sicherlich noch etwas mehr.

Diese Schuldenlast, mithin weit über drei Viertel des ganzen Landeshaushaltes,

k ö n n t e vom Land selbst dann nicht aufgefangen werden, wenn sich dazu politischer Wille herauskristallisieren würde.

Fragen wir uns aber doch einmal, was bei voller Zahlung der großspurig angekündigten Altschuldenübernahme durch das Land in Höhe von 7,5 Milliarden --- wohlgemerkt über 30 Jahre gestreckt – bei einer Sofortausschüttung passieren würde: die Zinsbelastung der NRW-Kommunen würde zunächst auf Zinslast aus 76,8 Milliarden gedämpft, soweit schön und gut.

Der Effekt ist dann am Ende des Tages ein leichtes Abflachen der Schuldenkurve in den Städten und Gemeinden; aber an der Grundproblematik ändert sich nichts und die Gesamtprognose wird dadurch nicht wesentlich beeinflusst.

Eine schöne Geste, mehr nicht.

Auf der anderen Seite aber kann jedes Mehr an Schuldenübernahme, nach der aus der kommunalen Familie – ob berechtigt oder nicht - so oft geschrien wird, nur durch Einschnitte im Kernhaushalt des Landes finanziert werden – wo soll da eingespart werden?

Noch mehr Kaputtsparen bei Polizei und Justiz vielleicht, das würde den „All-Cops-Are-Bastards“-Parteien des woken Spektrums und deren Vorfeldorganisationen vielleicht gut gefallen.

Oder soll es bei den Sozialausgaben sein, soll Ihre heilige Kuh der Transferleistungen dort geschlachtet werden, um hier Sozialleistungen zu finanzieren?

Oder womöglich: Einsparungen im Staatsapparat und bei den Mandaten? Bei einem Staatsapparat, in dem die Noch-Regierung bei Versorgungsbeförderungen gerade den Rallyegang einlegt, bevor der Exodus kommt raus aus den Ministerien?

Ansonsten sind nur Steuererhöhungen möglich. Wie viel den Bundesbürgern mit bereits jetzt einer der höchsten Abgabenlasten Europas noch zugemutet werden kann, darüber könnte man hier noch einmal stundenlang debattieren.

Die einzige Alternative zu all dem wäre eine noch höhere Verschuldung des Landes.

Tausche Kommunalschulden, biete Landesschulden.

Zweitens: Es türmen sich nicht nur auf allen Ebenen der öffentlichen Hand die Schulden, es schmilzt auch in rasanter Geschwindigkeit der nationale Wohlstand - die Speckschicht des Staates, der Bürger, der Unternehmen weg. Und das mit einer Rasanz und in einem Ausmaß, das viele noch nicht richtig einzuschätzen vermögen, ganz besonders ein Herr Habeck nicht.

Die Dynamik der Insolvenzen nimmt jetzt erst richtig Fahrt auf, und diese wiederum führt zu einer Kaskade aus Wegbrechen zuliefernder Unternehmenszweige, weniger Produktion respektive Import an Roherzeugnissen, und bei all dem zu Sinken der Gewerbesteuererträge. Eine Umfrage des Institutes der Deutschen Wirtschaft hat jüngst herausgefunden, dass 38 Prozent der deutschen Unternehmen von Entlassungen im kommenden Jahr ausgehen; der Pessimismus bei der Unternehmerschaft sei nur während der großen Finanzkrise 2008 noch größer gewesen. Zudem weise die geringe Zahl an Kurzarbeit auf fundamentale und langfristige Verschlechterung hin, nicht mehr nur auf kurzfristige Flaute.

Mehr Arbeitslosigkeit führt natürlich zu dem Doppeleffekt wegfallender Lohnsteuern und gleichzeitig steigender Transferausgaben. Das bedeutet, dass die prognostizierten negativen Haushaltseffekte der Kommunen mittelfristig ohne energische Gegenmaßnahmen der Politik – und hier sind Land und Bund besonders gefragt – eher noch deutlicher ausfallen werden.

Zu beidem, also finanziellem Ausgleich oder nur Auskömmlichkeit des kommunalen Finanzausgleichs, aber auch zu radikalen politischen Kursänderungen wird die derzeitige Politik sicher nicht die Kraft aufbringen können – ganz besonders in der jetzigen Restlaufzeit einer zur Rückschrittskoalition herabgesunkenen „Fortschrittskoalition“.

Warum also Doppelhaushalt?

Der ganze Haushalt ist auf Kante genäht: Eine Fallzahlsteigerung um wenige Prozentpunkte, weitere Verteuerung der Fallpauschalen oder auch ein einziger Prozentpunkt Plus bei künftigen Tarifabschlüssen, das alles sind Dinge, die im Portemonnaie des LWL richtig durchzünden können.

Ob der Planlastgriff in die Taschen der Mitgliedskommunen in den nächsten Jahren überhaupt noch in diesem Umfang möglich sein wird, ist mehr als fraglich.

Der ganze Doppelhaushalt ist Stochern im Nebel. Finanzielles Herumeiern und vulnerable Langzeitplanung in den kommenden Jahren, wo vielmehr grundlegende Strukturen geändert werden müssen.

Die Steuereinnahmen --- vielleicht nicht mehr so hoch,
Personalkosten --- vermutlich höher, Verdi wird weiter abschließen.
Nichts genaues weiß man nicht – warum also Doppelhaushalt, den wir – Sie erinnern sich vielleicht – abgelehnt haben?

Ist der wahre Grund vielleicht die Unwägbarkeiten nach der kommenden Kommunalwahl, die Möglichkeit einer politischen Blockade?

Ich weiß es nicht, schließe aber künftige Nachtragshaushalte nicht aus.

Jedenfalls:

Hausgemachte Probleme, strukturelle Probleme, interne Gründe, Ursachen auf Landes- und Ursachen auf Bundesebene; es gibt einen bunten Strauß davon.

Die Schieflage unseres Haushaltes ist dabei mit der langfristig absehbaren Talfahrt auf Bundes- und Landesebene eng verwoben; auch hier haben wir von der AfD höheren Ortes oft genug gemahnt.

Sie begann auch nicht erst mit Corona und Ukrainekrieg, die beide so gerne als Allzweckentschuldigung herhalten. Diese "Krisen" sind hausgemacht - Dummköpfe, Defätisten, Panikmacher, Glücksritter, Aktivisten haben die Corona- und die Ukraine-Kriegssituation genutzt, um ihren Panikkurs zu fahren.

Heute wissen wir: Die Corona-Maßnahmen waren teuer, aber weitgehend sinnlos. Die Klagen auf Schadensersatz für Impfschäden türmen sich. Wiederbegegnen wird uns dieser Coronaaktionismus die kommenden Jahrzehnte über --- jährlich und --- in Millionenhöhe in den Haushaltsplanungen.

Die Russland-Sanktionen dagegen treffen hauptsächlich Deutschland, nicht Russland, und sind ebenfalls sowohl teuer als auch Mitursache unserer Haushaltsmisere. Beides vermeidbar durch besonnenere Politik.

Nein, vielmehr begann der erste Schritt zum „Heute“ lange vor der Amtszeit der unsäglichen Kanzlerin Merkel. Es war das lange, lange stete Schuldenmachen über Jahrzehnte – rote und schwarze Jahrzehnte wohlgemerkt, das die heutige Lage einläutete.

Haushalten über die Verhältnisse, verschenken der fetten Jahre beim Schuldenabbau, das buchmäßige Ergebnis sehen Sie vorliegen, oder, wie ein Kämmerer es jüngst ausdrückte: „Ohne Moos nix los.“

Nach der Wende, das heißt nach vier Jahrzehnten Kampf gegen die linksextremen Feinde unseres Staates freiheitlich-demokratischer Prägung, kam dann der Beginn der Salonfähigkeit von Linksextrem und von Klimafundamentalisten hinzu, die unseren Staat seitdem in unermüdlicher Wühlarbeit zersetzen, und gleichzeitig mit dem Finger nach Rechts zeigen, und ganz so, wie der Unartige im Kindergarten beim ertappten auf den Nebenmann zeigt.

Ich möchte an dieser Stelle keinesfalls Mühle spielen und alle Gefahr nach links schieben.

Rechts - und erst recht Mitte-rechts - ist n i c h t rechtsextrem.
--- Jeder rechtsextremen Gefahr muss entschieden entgegen getreten werden.

Ebenso jeder linksextremen Gefahr, statt sie auf allen politischen Ebenen zu hätscheln und zu päppeln.

Die Brombeerkoalition in Thüringen; einem Bundesland, in dem die überwältigende Mehrheit der Bürger jüngst „Konservativ“ gewählt haben, aber eine Möchtegernmitte-Links-Linksextrem-Regierung geliefert bekommt, ist nur Spitze des Eisberges und Höhepunkt einer an Armutzeugnissen reichen Politiklandschaft.

Brombeerpflücken lässt dieses System kollabieren, nicht blaue Früchtchen bei Edeka.

Vor allem aber muss endlich die islamistische Gefahr für unser Land, unsere Kultur, für die Sicherheit unserer Bürger wahrgenommen, benannt und entschieden bekämpft werden.

Terrorauswüchse wie in Solingen, die in anderen Ländern als Angriff auf die nationale Sicherheit wahrgenommen worden wären, führen hier nur zu nicht ernstgemeinten Lippenbekenntnissen der Chaostruppe Berlin.

Das darf nicht sein.

Die innere Sicherheit, meine Damen und Herren, endet übrigens ebenso wenig wie die rasante Preiserhöhung oder der Wohlstandsverlust oder die Energiepreise an Ihrem eigenen Gartenzaun.

Zu ähnlicher, aber sehr später Einsicht nach Jahren als treuer Vasall seiner Herrin ist erst kürzlich der wohlversorgte Ex-Bundesminister Spahn in seiner Berliner Luxusvilla gelangt. Nach ihm drohe „ein furchtbares Erwachen“, wenn wir die Migrationskrise nicht in den Griff bekommen. Deutschland sei so Mitte-Rechts wie lange nicht mehr, bekomme aber stets Koalitionen nach Links geliefert, auch von der CDU.

Wahre und richtige Worte darf man da Herrn Spahn attestieren, aber in seiner Amtszeit, da fielen diese nicht so klar, als er die Merkel'sche Politik mittrug.

Mittlerweile ist Deutschland ein Staat, der sich selbst verdaut.

Wir von der AfD jedenfalls wollen das überkommene System unserer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung – oder zumindest das, was davon übrig ist - gerade eben e r h a l t e n, und wenn das irgendwem zu extrem ist, dann überlegen Sie sich einmal ganz genau, wessen Geistes Kind dieser Jemand sein muss!

Die Regierungszeit Merkel öffnete dem Terror im Zeichen des Islam Tür und Tor und holte in einem Abwasch auch so viele Transfergeldtouristen in die Sozialsysteme, dass die Kämmerer jetzt Krokodilstränen über ihren Haushalten vergießen, und die Polizeipräsidentin der Bundeshauptstadt jetzt erklärt, dass es „No-Go-Areas“ nicht nur für die Polizei, sondern auch für Juden und Homosexuelle gibt.

Dieses Armutszeugnis gerade in dem Land, in dem Juden für immer sicher sein sollten, ist einer der schwersten Schläge ins Gesicht der Bundesbürger, die es jemals gab. Und wenn in diesem Zusammenhang eine Frau Faeser wieder vor der „Gefahr von Rechts“ warnt oder Vertreter linksextremer Spaßparteien Regenbogen-Fußgängerüberwege fordern, dann denken Sie daran:

wir rufen zum entschiedenen Kampf gegen die Ursachen von
Judenhass auf und wir wollen und werden die Straßen wieder
sicher machen.

Wem das zu extrem ist, der erinnere sich meiner gerade eben
gemachte Aussage.

Die finanziellen Auswirkungen von Corona – ich spare hier einmal
die gesellschaftlichen Schäden aus – und vom Ukrainekrieg
kommen dabei nur on Top.

Und man muss das hier einmal richtig einordnen: nicht die
Pandemie war der Grund, sondern die über jede Grenze der
Vernunft schießenden Maßnahmen, zuerst noch der Regierung
Merkel, in der der eine oder andere eine Spahnplatte vor dem Kopf
hatte, anschließend dann blinder Aktionismus´ der jetzigen
Va-Banque-Truppe.

Noch haben wir eine Bundesregierung, bei der man oft nicht weiß,
ob man sie nicht eigentlich als Kunden des LWL in Eickelborn
begrüßen müsste.

Wenn man nun die Haushalte unseres Hauses der letzten Jahre
unter diesem Gesichtspunkt untersucht, finden sich auch hier
ebenso wie im vorliegenden Entwurf einige Missgriffe.

Zunächst gehört beispielhaft und ganz allgemein das beliebte Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spielchen auch zur Misswirtschaft, nämlich wenn denn gejubelt wird, dass dieser oder jener Haushaltsposten von irgendwo refinanziert wird — an dieser Stelle nochmal die Erläuterung: Geld muss irgendwo herkommen, und entgegen landläufiger – besonders woker – Politauffassungen wächst es nicht auf Bäumen. Nicht-Abrufen von Refinanzierung spart anderswo Geld ein, es ist ganz einfach. Auch hier bedarf eines kritischeren Blickes, als er oft bewiesen wurde.

Aber an einigen Stellen wird auch originär hier im LWL Geld verbrannt. Ich möchte gar nicht erst auf den neuesten Vorstoß von Links zur kostenlosen Rundumversorgung von menstruierenden aller möglichen Geschlechter eingehen, bei dem absehbar mindestens sechsstellige Summen ohne nachvollziehbaren Zweck verschwinden würden.

Ein anderes Thema, bei dem viel Geld verschenkt wird – ein Dauerthema – ist das Empfangsgebäude des Freilichtmuseums Detmold.

Was zunächst als Millionengrab begann, entwickelt sich jetzt zur permanenten Bauruine.

Man muss es sich einmal vor Augen halten:

Nach Jahrhunderten historischer Entwicklung von Lehmhütten und Holzhäusern weg hin zu Steinbauten; nach Jahrhunderten des Bautechnikfortschritts, herrscht heute --- strammer grüner Rückschritt.

Jahrzehnte Erforschung neuer Baustoffe bis zu Beton und Zement in Serienreife, dann kommen die Ökofundamentalisten und matschen ein Gebäude zusammen mit Baustoffen des Frühmittelalters in neuartiger, fehlerhafter Zusammensetzung und das Ganze mit einer ideologischen Nachgiebigkeit wie die heilige Inquisition.

Resultat bisher: Schimmel mit Kosten in den Hunderttausenden zur Beseitigung noch vor Eröffnung kommen auf die ohnehin horrenden Baukosten oben drauf.

Ich frage die grüne Kulturdezernentin: schwärmen eigentlich die Bürger in LWL, die die Zeche bezahlen müssen, so sehr für dieses Projekt wie Sie? Es gibt leider keine Umfragen dazu, aber letztendlich kümmert sich grüne Politik ja traditionell nicht um die Meinung der Bürger.

Dann das Referat Chancengleichheit.

Wozu geben wir Geld für so ein Referat aus? Die Mehrheit der Stellen im LWL, über 67%, sind weiblich besetzt.

Gibt es noch Nachteile für Frauen im LWL?

Weil, für Männergleichberechtigung setzt man sich dort jedenfalls nicht ein. Vermutlich ebenso wenig für Geschlechterparität bei den Handwerkern oder da, wo körperlich gearbeitet wird. Dafür ein teures Referat? Unsere Einschätzung: kann weg.

Übrigens Stichwort Chancen: Die Chance, in Deutschland als Frau überfallen und vergewaltigt zu werden, ist in den letzten Jahren in die Höhe geschossen. Alleine 2023 wurden mehr als 52.000 Frauen Opfer einer Sexualstraftat, ---- 360 wurden getötet.

Mindestens 6.800 davon wurden Opfer einer Gruppenvergewaltigung; von solchen Orgien fanden allein 111 nur in Berlin statt. Das sind keine Fantasiazahlen oder AfD-Märchen, das sind Zahlen von BKA und Innenministerium.

Anteil der Tatverdächtigen ohne deutschen Pass: 48 Prozent.

Anteil der weiteren Tatverdächtigen mit deutschem Pass plus Migrationshintergrund – man weiß es nicht.

Frauen sind hierzulande Freiwild für Männerbanden aus archaischen und frauenfeindlichen Kulturen geworden, während dem linken Spektrum besseres einfällt, als Tampons für alle zu fordern.

Noch klarer kann man Geld nicht zum Fenster hinauswerfen, statt echte Probleme anzugehen.

Und wenn es Ihren Parteien mit dem Schutz der Frauenrechte wirklich ernst wäre, würde nicht weiter an 365 Tagen im Jahr „Tag der offenen Tür“ an den Grenzen gefeiert für weitere Zuwanderung mit einem Frauenbild aus dem Mittelalter.

Gleichzeitig wird übrigens hier im Hause über die Istanbul-Konvention schwadroniert, wobei der Elefant mitten im Raum peinlichst verschwiegen wird.

Treppenwitz der ganzen Geschichte ist nämlich: während von den muslimischen Staaten, die Beitritt zu dieser Konvention dringend nötig hätten, nur das überwiegend muslimische Albanien Vollmitglied ist, ist die Türkei unter Erdogan --- ausgetreten. In Ankara zeigt man ganz deutlich, was man von Frauenrechten hält.

Weiter geht es mit den Personalnöten des LWL, oder, um es genauer zu fassen, zum einen mit dem zahlenmäßigen Stellenplan und zum anderen mit der Nachwuchsgewinnung.

Erstens: Der Stellenplan.

Nach Personalstellen ist der LWL in den letzten Jahren immens angewachsen. Stellen wurden und werden für notwendige Bereiche, aber auch in völlig entbehrlichen Bereichen geschaffen; ich verweise an dieser Stelle nochmal auf die Chancengleichrichter*innen.

Insgesamt wird der Personalaufwuchs in diesem Doppelhaushalt für 2025 2,9% und dann in 2026 hinein nochmal 1,6% betragen, und das in einer Zeit, in der hier eigentlich aus Haushaltsgründen eine „Null“ stehen müsste!

Frei nach dem gerade verabschiedeten Landesrat Noeker muss man auch hier sagen: „Eine schwarze Null ist nichts anderes als gewonnene Gestaltungsfreiheit.“

Ehrlicherweise darf man jedoch nicht unerwähnt lassen, dass viele Stellen beim LWL unbesetzt sind und oft auch bleiben.

Das Thema „Fachkräftemangel“ ist bereits hier und an anderer Stelle herauf und herunter gebetet worden. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, dass die Stellenschlüssel wie vorgelegt genehmigt werden, jedoch der Gesamtansatz der Personalausgaben auch bei günstiger Einstellungssituation nicht überschritten wird, um so der Verwaltung ein Höchstmaß an Handlungsspielraum zu geben, aber dem Haushalt keinen entsprechenden Nachtrag aufzubürden. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Wendung in der Vorstellung der Rahmenbedingungen zum Stellenplanentwurf, vorgestellt durch die Kämmerin. Man wolle im Haushalt 2025/2026 im Rahmen einer – ich zitiere - „restriktiven Herangehensweise Stellenmehrungen im Doppelhaushalt 2025/2026 auf das notwendige Maß reduzieren“.

War das Einsicht, Frau Neyer, oder war es ein Freud'scher Versprecher, dass vorher offensichtlich nicht immer nur im notwendigen Maß Stellen geschaffen wurden?

Allerdings gehört zum ehrlichen Anmerken noch ein Punkt: Wir haben es, um das einmal ganz deutlich zu sagen, mit einem „Fachkräfte“mangel, nicht mit einem Arbeitskräftemangel zu tun. Die Nachwuchsgewinnung scheitert nicht an nicht bereits vorhandenen Menschen im arbeitsfähigen Alter, vielmehr gelingt es nicht mehr im gleichen Maß wie früher, zur Arbeit und auch besonders zur Fortbildung, zur Qualifikation zu motivieren.

Woran liegt das?

Wir haben in Deutschland geschätzt 5,51 Mio. Leistungsempfänger von Bürgergeld, davon etwa 3,99 Mio. Arbeitsfähige. Wir haben in Deutschland etwa 2,6 Mio. Jugendliche und junge Erwachsene, die sich nicht mehr in der Schulausbildung befinden, aber auch nicht mit einer Ausbildung, einem Studium geschweige denn einem Arbeitsverhältnis gestartet haben.

Von den Zahlen arbeitsfähiger Asylbewerber usw. möchte ich hier jetzt gar nicht erst reden.

Bei den Transferleistungsempfängern hat sich in den letzten Jahrzehnten die Schere zwischen ihren ohne Arbeitsleistung erhaltenem Geld zum Ertrag einer geregelten Arbeit immer weiter geschlossen, und das war politischer Wille. Das heutige Konstrukt wurde nicht versehentlich von der Rückschrittskoalition euphemistisch „Bürger“geld getauft. Und alle, die dieser Entwicklung zugestimmt oder zugesehen haben, müssen heute nicht über Personalgewinnungsprobleme jammern. Es ist abseits aller im Netz vertretenen Rechenbeispiele und aller faktencheckenden Retouchierversuche Tatsache, dass – ganz egal, ob eine Differenz zwischen Transferleistung und Arbeitseinkommen besteht und wie hoch die im Einzelnen ist – der Bürgergeldempfänger besser dasteht als der Arbeitnehmer der gleichen sozialen Stufe.

Ob nun unter dem Strich nun 0,- EUR oder 300,- EUR Differenz am Ende des Monats verbleiben, ist unerheblich.

Das Bürgergeld ist und bleibt nämlich Leistung ohne wesentliche Gegenleistung des Berechtigten, sprich Arbeit.

Und so lange hier keine neuen Impulse gesetzt werden, wird in der Mitte der Nahrungskette auch der LWL weiter Probleme mit der Nachwuchsgewinnung haben.

Und bevor hier von Links eventuell wieder Nebelkerzen gezündet werden, weise ich auf die Einschätzung des Deutschen Beamtenbundes hin, der den Abstand der unteren und mittleren Beamtenbesoldung in NRW nicht mehr ausreichend zu den Sozialleistungen sieht.

Zuletzt noch das Lieblingsthema der grünen Klimaradikalen: Klimaneutralität. In den Planungen bis zur angestrebten Klimaneutralität 2030, übrigens eine Mogelpackung, sind weiterhin und völlig untangiert von den Haushaltsentwicklungen mehr als eine halbe Milliarde Euro vorgesehen, was sich abzüglich einer Marge für durchaus sinnvolle Projekte, beispielsweise grundsätzlich zu Energieeinsparung, unter dem Strich noch auf einige Hundert Millionen Verschwendung addiert.

In der Bevölkerung, aber auch in der EU sickert so langsam die Erkenntnis des „es ist genug“ durch, und auch der zukünftige Kanzler Merz nannte beispielsweise Windkraft vor kurzem eine „Übergangstechnologie“.

Da können wir Herrn Merz nur beipflichten, und uns wünschen, dass es kein kurzlebiger Vormärz bleibt wie so oft.

Denn mit den immensen Kosten der Windenergiegewinnung gehen viele und gravierende Nachteile einher, die sich in den Energiekosten niederschlagen – und damit auch mittelbare Auswirkungen auf den LWL-Haushalt zeitigen. Gleiches gilt übrigens auch für Photovoltaikanlagen.

Dass Windenergie an windarmen Tagen und Sonnenenergie bei Dunkelheit nicht abrufbar ist, haben selbst die Grünen inzwischen ansatzweise verstanden.

Dass man aber ohne Grundlastträger dann im Ausland teuer einkaufen muss, ist da schon höhere Mathematik, und wenn man nun einmal gegenrechnet, welcher Klimakampfeffekt den vielen Milliarden verschwendeter Steuergelder entgegensteht, wird es ganz bitter: die Einsparungen Deutschlands an CO₂ werden aktuell im ganzen Jahr 2030 etwa 200 Mio. t Kohlendioxidäquivalente betragen (Quelle übrigens Umweltbundesamt).

Das ist so viel, wie China derzeit in **s i e b e n** Tagen ausstößt.

Nicht umsonst hat sich die nicht gerade stockkonservative EU mittlerweile dazu aufrufen können, Nuklearverstromung als nachhaltige Form der Energiegewinnung zu deklarieren.

Heruntergebrochen auf den LWL bedeutet dies die Forderung eines Moratoriums für alle ideologiegeladenen Klimaflausen und Stopp teurer, ökologisch sinnloser Bauexperimente, die dem Steuerzahler in der heutigen Zeit nicht mehr zugemutet werden dürfen und können für ein Ergebnis, das global vollständig verpufft.

Man könnte noch etliche Punkte mehr aufführen, sei es in der lokalen Haushaltspolitik, sei es in Bundes- und Landespolitik, wenn die Redezeit nicht irgendwann einmal zu Ende gehen würde.

Fazit für meine Fraktion ist jedenfalls ein klares „Nein“ zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf, verbunden nicht nur mit einem Appell an eine neue, ernstgemeinte Sparsamkeit, sondern auch mit der Aufforderung an die Kollegen der bürgerlichen Parteien: treten Sie an Ihre höheren Parteigliederungen heran, treten Sie an Ihre Abgeordneten heran, kämpfen Sie für objektive Vernunft in der Politik statt sinnwidriger Brandmauern auf der falschen Seite. Denn alles andere wird Ihnen über kurz oder lang vor die Füße fallen.

Vielen Dank!